

PE 20. DEZ. 2012

Kreistagsbüro

Kreistag des Wartburgkreises

Kreistagsfraktion
DIE LINKE.

Bad Salzungen, den 01.01.2013

Antrag zur Kreistags Sitzung am 23.01.2013

Eingang: 20.12.2012

KT 326 - 33/2013

TOP-Nr.: 8

(wird vom Kreistagsbüro ausgefüllt)

Betreff: Sozialplanung im Wartburgkreis

I. Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Wartburgkreis erstellt bis Ende 2013 einen Sozialplan, der im Sinne des Artikels 8 der UN Behindertenrechtskonvention die Partizipation mit Behinderung ermöglicht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dafür mindestens zwei Aktionstage „Sozialplanung“ vorzubereiten und durchzuführen. Hier sollen mit Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände sowie Trägern der Offenen Behindertenarbeit die strategischen Ziele und Vorhaben des Wartburgkreises diskutiert und die Grundrichtung des Sozialplanes bestimmt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Sozialplanes auch den Bereich der Wirtschaftsförderung mit einzubeziehen, um z.B. für Betriebe weitere Anreize zu schaffen, entsprechende Arbeitsplätze anzubieten.

II. Begründung:

Der Artikel 8 der UN Behindertenrechtskonvention fordert die kommunalen Gebietskörperschaften auf, in ihrem Verantwortungsbereich Sozialpläne zu erarbeiten, die die Partizipation von Menschen mit Behinderung ermöglichen. Einzelne Gebietskörperschaften Deutschlands haben damit begonnen, strategische Ziele und strategische Vorhaben in ihrem Verantwortungsbereich zu formulieren und bedarfsgerechte Angebote und personenbezogene Hilfen für die Ermöglichung eines hohen Grades an selbstbestimmter Lebensführung sowie eine möglichst weitgehende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft für die Betroffenen zu erarbeiten.

Es kommt vordergründig nicht darauf an weitere Werkstätten und Einrichtungen für behinderte Menschen zu schaffen, denn eine Unterbringung dort bedeutet auch eine Stigmatisierung nach dem Motto Behinderte müssen dort arbeiten. Das widerspricht dem Sinn der Inklusion, dem Recht eines jeden Menschen sich nach seinen Möglichkeiten vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.

Dabei ist allen Beteiligten bewusst, dass die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt sind und deshalb nachhaltig eingesetzt werden müssen. Leider überwiegt immer noch die Auffassung, dass es weniger um Hilfen gehe, sondern darum, die Kosten so gering wie möglich zu halten. Deshalb ist die Erarbeitung eines Sozialplanes in erster Linie ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, weil die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zu dieser Problematik verändert werden muss.

Mit den Aktionstagen sollen neben den Wohlfahrtsverbänden und Trägern der Behindertenarbeit sowie Menschen mit Behinderungen auch Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, Ideen und Anstöße zu geben, die in den zukünftigen Sozialplan einfließen.



Prof. Lessig/Fraktionsvorsitzender